



Beitrag des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015

6. November 2014



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

BEITRAG DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES ZUM ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2015

Die Europäer erwarten frischen Wind für Europa und sie erwarten, dass etwas getan wird gegen Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung, gegen den Konjunkturabschwung und für die Eindämmung des Klimawandels.

Besinnung auf sich selbst ist nicht mehr zeitgemäß. Um alle vorhandenen Instrumente für eine Rückkehr zu Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigem Wachstum zu nutzen, muss die Gemeinschaftsmethode eingesetzt werden.

Zusätzlich zu den unumgänglichen langfristigen strukturellen Reformen für eine Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum werden auch sofortige Maßnahmen erwartet. Aus diesem Grund muss ein Mittelweg gefunden werden zwischen einer guten Verwaltung der öffentlichen Finanzen und der Unterstützung von Aktivitäten und Wachstum.

Damit sich die Kapitalmärkte endlich auf die Finanzierung der Realwirtschaft ausrichten, ist nach Ansicht des EWSA ein entschlossenes Handeln notwendig.

Der EWSA begrüßt den Vorschlag Jean-Claude Junckers, einen 300 Mrd. EUR schweren Plan für öffentliche und private Investitionen in die Wege zu leiten, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln.

Dieser Investitionsplan sollte vorrangig auf Bildung und Erwerb von Qualifikationen, auf Innovation, Unternehmertum, Energiewende und grüne Wirtschaft ausgerichtet sein. Der Plan muss flexibel umgesetzt werden, um den Verfahrensstillstand, durch den EU-Initiativen häufig behindert werden, (etwa im Fall der Jugendgarantie) zu vermeiden.

Auch die Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Akteure ist Voraussetzung für den Erfolg dieser Initiative. Um diesen Plan den Organisationen der Zivilgesellschaft nahezubringen und ihre Vorschläge einzuholen, schlägt der EWSA daher vor, Konferenzen und Maßnahmen auf mehreren Ebenen zu organisieren (Anhörungen, Treffen...).

Der EWSA fordert, dass der soziale Dialog wieder ein grundlegendes Element der europäischen Einigung wird; die Kommission muss ihrer Rolle als Wegbereiterin des europäischen sozialen Dialogs, sowohl insgesamt als auch in den einzelnen Branchen wieder gerecht werden. Ohne Konsens und Mitwirkung ist keine Reform möglich.

Auch der zivile Dialog, der zur Stärkung der demokratischen Legitimation der Union bei den Bürgern unentbehrlich ist, muss ausgebaut werden. Gemäß Artikel 11 des Vertrages über die Europäische Union zur demokratischen Partizipation sollte ein ständiger, strukturierter und wirksamer Rahmen für einen vertikalen und horizontalen Dialog geschaffen werden.

In Bezug auf die Regierungsführung begrüßt der EWSA die Ernennung eines Ersten Vizepräsidenten der Kommission, der Garant einer ordnungsgemäßen Anwendung der europäischen Maßnahmen vor Ort sein wird. Der EWSA fordert daher die Kommission auf, regelmäßig einen diesbezüglichen Bericht zu veröffentlichen und den EWSA in diese Analyse einzubeziehen.

Mehr denn je ist eine starke und unabhängige Kommission gefragt, die Europa durch die Schaffung eines günstigen Umfelds für Initiativen und Beschäftigung dauerhaft zu Wirtschaftsaufschwung und sozialer Gerechtigkeit führt.

Der EWSA will auf dem Weg zu Reformen für einen neuen Wohlstand aktiver Partner der Kommission sein. Zu jeder der zehn Arbeitsprioritäten, die Kommissionspräsident Jean-Claude JUNCKER in seinem "Programm für Beschäftigung, Wachstum, Gerechtigkeit und demokratischen Wandel" vorgestellt hat, legt der EWSA im Folgenden konkrete und ausführliche Vorschläge vor.

1. NEUE IMPULSE FÜR ARBEITSPLÄTZE, WACHSTUM UND INVESTITIONEN

Der EWSA begrüßt den Vorschlag Jean-Claude Junckers, einen 300 Mrd. EUR schweren Plan für öffentliche und private Investitionen in die Wege zu leiten, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Damit wird ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Die Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Akteure auf nationaler und regionaler Ebene ist Voraussetzung für den Erfolg dieser Initiative.

In Bezug auf Wachstum, Arbeitsplätze und Armutsbekämpfung unterstreicht der EWSA die Bedeutung von Bildung und lebenslangem Lernen, der Förderung hochwertiger Arbeitsplätze, insbesondere durch Programme zur Berufsausbildung, Möglichkeiten der Finanzierung sozialer Innovationen für KMU und der Entwicklung unterschiedlicher Unternehmensformen. Der EWSA hebt ferner hervor, dass die Wettbewerbsfähigkeit Europas gestärkt werden muss und die grüne Wirtschaft zu unterstützen ist.

Europa-2020-Strategie

Bei der Überarbeitung der Strategie Europa 2020 im Jahr 2015 ist eine Neuausrichtung der Prioritäten und der Indikatoren für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung von entscheidender Bedeutung. Diese Überarbeitung muss bereits jetzt einbezogen werden in die Überlegungen zu einer Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030.

Vorschläge

- *Sicherstellung einer besseren Anwendung und verantwortungsvollen Leitung des Europäischen Semesters durch umfassende Mitwirkung der Mitgliedstaaten an dem Verfahren: die nationalen Parlamente und die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen in die Konzipierung und Überarbeitung der nationalen Reformprogramme einbezogen werden und die Kommission muss deren Umsetzung streng überwachen;*
- *Festlegung neuer sozialer Ziele, insbesondere in Bezug auf die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit und die Qualität der Beschäftigung, und neuer Ziele für nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz und Eindämmung des Klimawandels;*
- *Erstellung eines Messsystems zur Ergänzung des BIP, mit dem sich die Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen auf die Gesellschaft, die Haushalte und die Einzelpersonen messen lassen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, den sozialen Fortschrittsanzeiger umzusetzen und seine tatsächliche Anwendung im Rahmen des Europäischen Semesters sicherzustellen.*
- *Festlegung von Prioritäten für den Investitionsplan von 300 Milliarden EUR im Einklang mit den Zielen für ein nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum in der Strategie Europa 2020;*
- *Vorrang für Maßnahmen im Bereich Ausbildung junger Menschen, volle Entfaltung des Erasmus-Programms für Auszubildende;*
- *Ausschöpfung des Potenzials für die Schaffung grüner Arbeitsplätze: Aufstellung einer Agenda für grünes Wachstum mit Initiativen zur Förderung der grünen KMU, der Berufsausbildung und der Schaffung grüner Arbeitsplätze und Nutzung der Finanzierungsinstrumente (Strukturfonds, EIB ...).*

Finanzierung der Realwirtschaft

Die Mitgliedstaaten müssen im Sinne einer stärker diversifizierten und stabilen langfristigen Unternehmensfinanzierung angehalten werden, die vermehrte Nutzung von Eigenkapital für die Finanzierung zu fördern und privates Kapital besser zur Unterstützung von Investitionen zu erschließen.

Vorschläge

- *In den länderspezifischen Empfehlungen Unterstützung von Maßnahmen zugunsten verschiedener Finanzierungsquellen von Unternehmen;*
- *Vorlage eines Legislativvorschlags für die Erhöhung der Kreditvergabekapazitäten von EIB und EIF zur Unterstützung wachstumsfreundlicher Investitionen und grenzübergreifender Projekte durch die Emission europäischer Anleihen für die wirtschaftliche Erholung;*
- *Veröffentlichung eines Grünbuchs zur Möglichkeit der Einführung einer goldenen Finanzierungsregel ("golden rule") für Investitionen der Mitgliedstaaten in Produktionstätigkeiten zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung;*
- *Veröffentlichung eines Grünbuchs, um die Frage zu sondieren, wie das Kapital von Staatsfonds neben langfristigen, eher institutionellen Anlagequellen wie Pensionsfonds und große Versicherungsgesellschaften – mobilisiert werden kann;*
- *Ermittlung des Potenzials sozial verantwortlicher Investmentfonds;*
- *Erarbeitung einer Studie über die EU-weite Einführung eines Sparkonzepts zur Mobilisierung langfristiger privater Ersparnisse;*
- *möglichst baldige Aufstockung des Europäischen Investitionsfonds, damit dieser den europäischen KMU Entwicklungskapital zur Verfügung stellen kann;*
- *Wiederherstellung eines Geschäftsumfeldes für ein tragfähiges Bankwesen, das zu Wachstum beitragen kann;*
- *Einführung differenzierter Regeln für einfache, transparente besicherte Wertpapiere (ABS) auf der Grundlage von Realvermögenswerten.*

Anreize für Unternehmertum in all seinen Formen

Ohne Stärkung des Unternehmertums kann die Rückkehr zu Wachstum und Beschäftigung nicht gelingen.

Vorschläge

- *Förderung des Unternehmergeistes in den Plänen zur Umsetzung der "Jugendgarantie";*
- *eine "IES 2" (Initiative für Sozialunternehmen II) auf den Weg bringen, die Folgendes beinhaltet: ein komplettes Finanzökosystem zur Finanzierung der sozialwirtschaftlichen Unternehmen und der Sozialwirtschaft insgesamt;*
- *ein Richtlinienvorschlag zur Regelung der Funktionsweise der freien Berufe in Europa einschließlich einer hochwertigen Standardversicherung.*

Sicherung des territorialen Zusammenhalts

Bevölkerungsrückgang und Armut in den ländlichen Gebieten haben deutlich zugenommen und könnten sich zu einem Faktor sozialer Destabilisierung entwickeln. Hier ist eine europäische Reaktion gefragt, die eine regional ausgewogene und inklusive Entwicklung gewährleistet.

Dem Regionalfonds und dem Sozialfonds, aber auch der GAP, kommt in diesem Prozess eine große Bedeutung zu. Im Hinblick auf die für 2017 geplante Halbzeitüberprüfung der GAP sollten die entsprechenden Arbeiten 2015 aufgenommen werden. Die Halbzeitüberprüfung wird nicht nur die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung, sondern auch die Auswirkungen der GAP auf den territorialen Zusammenhalt umfassen.

Vorschläge

- *Vorbereitung der Folgemaßnahmen zu der Mitteilung über eine EU-Städteagenda, wobei der Schwerpunkt auf Strukturen für eine Multi-Level-Governance liegen muss, durch die vor allem die Einbeziehung der Städte, ihr Engagement und ihre Verantwortung gefordert werden müssen;*
- *Feststellung möglicher Auswirkungen zentraler EU-Politikbereiche auf die Entwicklung des ländlichen Raums vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedingungen vor Ort;*
- *Prüfung der Rechtsvorschriften, Maßnahmen und Programme der EU hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den territorialen Zusammenhalt;*
- *Vorlage einer Mitteilung über die mögliche Rolle der regionalen Entwicklungsagenturen bei der Risikobewertung von KMU vor Ort, um deren Kreditzugang zu verbessern;*
- *Veröffentlichung eines Weißbuchs zu den Gegebenheiten in den ländlichen Gebieten der Europäischen Union, unter besonderer Berücksichtigung der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung (CLLD).*

2. EIN VERNETZTER DIGITALER BINNENMARKT

Die volle Ausschöpfung der sich durch die digitale Wirtschaft bietenden Möglichkeiten ist ein Ziel, für das es sowohl eines Rahmens mit starken Anreizen (Investitionen, Ausbildung, Markt usw.) als auch der Erhaltung des Vertrauens der Nutzerinnen und Nutzer gegenüber den neuen Informations- und Kommunikationsinstrumenten bedarf. Die Europäische Union darf nicht länger nur Nutzer der digitalen Welt sein, sie muss sich zum Entwickler und Hersteller wandeln und hierfür Talente fördern. Mit diesem Ziel vor Augen lauten die Prioritäten Information, Bildung und Erziehung.

Der EWSA ist ebenfalls fest davon überzeugt, dass im Rahmen der digitalen Agenda die digitale Wirtschaft heutzutage im Mittelpunkt jeder politischen Maßnahme stehen muss, vor allen Dingen durch weitere Bemühungen um einen Dialog mit einem größeren Kreis von Akteuren der Zivilgesellschaft.

Große Datenmengen ("Big Data")

Zusätzlich zu den Anstrengungen der Kommission, das wirtschaftliche Potenzial dieses besonders innovativen digitalen Sektors zu heben und vor allem die KMU zu unterstützen, damit sie investieren und vielversprechende Marktnischen angesichts der weltweiten Konkurrenz ermitteln können, braucht es Gesetzesinitiativen, durch die klare Schranken für den Schutz der personenbezogenen Daten, etwa in den Bereichen Gesundheit und Finanzen, vorgegeben werden. Die Mitwirkung der Nutzer bei der Bearbeitung künftiger Vorschriften ist von höchster Bedeutung.

Vorschläge

- *Maßnahmen zur Sensibilisierung und Mobilisierung der Akteure der Zivilgesellschaft für die zahlreichen Chancen, die sich durch die Massendaten für Beschäftigung und Wachstum bieten;*
- *Vorlage eines Legislativvorschlags, mit dem die Unternehmen verpflichtet werden, angemessene Informationen über die Verwendung der Daten vorzulegen und dabei zu gewährleisten, dass die Anonymität gewahrt bleiben kann;*
- *Erwägung eines Verbots der Patentierung großer Datenmengen bzw. geschäftlicher Transaktionen mit ihnen, vor allen Dingen im Bereich Gesundheit.*

Netz- und Informationssicherheit

Für die Nutzer, die Märkte und die Infrastruktur muss in der gesamten EU ein hohes und gleiches Schutzniveau sichergestellt werden.

Vorschlag

- *Errichtung einer mit der Sicherheit der Netz- und Informationssicherheitssysteme (NIS) beauftragten Behörde auf EU-Ebene; Diese Behörde sollte Standards aufstellen und alle Elemente der NIS in der ganzen EU überwachen, von der Zertifizierung sicherer Endgeräte und ihrer Nutzung über die Netzsicherheit bis hin zur Datensicherheit.*

3. EINE ROBUSTE ENERGIEUNION MIT EINER ZUKUNFTSORIENTIERTEN KLIMASCHUTZPOLITIK

Diese Politik ist auf die Zustimmung der Bürger angewiesen. Aus diesem Grund schlägt der EWSA als wichtigste Maßnahme vor, einen wirksamen europäischen Dialog über Energie einzurichten.

Europäischer Energiedialog

Die aktuellen Konsultationsverfahren sind unzureichend und sichern keine umfassende Akzeptanz der energiepolitischen Entscheidungen, insbesondere im Kontext der Energiewende. Die praktische Einrichtung des europäischen Energiedialogs ist unabdingbar für den Aufbau eines Vertrauensklimas zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen betroffenen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern.

Vorschlag

- *Einrichtung und Erprobung dieses Dialogs in zwei oder drei "Europaregionen", bevor er dann EU-weit eingeführt werden könnte. Dieser Dialog würde es langfristig ermöglichen, dass jeder neue Legislativvorschlag durch konkrete Maßnahmen flankiert wird, die seine Akzeptanz und Nachhaltigkeit sichern. Zu zwei Legislativvorschlägen, deren Erfolg in starkem Maße von der vollumfänglichen Einbeziehung der Zivilgesellschaft abhängt, könnte eine Pilotmaßnahme durchgeführt werden.*

Eine Lösung für die hohen Energiekosten der Industrie

Die EU muss sich in stärkerem Maße um eine Reduzierung der Energiepreise und eine Minderung des Kostengefälles zwischen der EU-Industrie und ihren wichtigsten Konkurrenten bemühen.

Vorschläge

- *Sicherstellung einer vollständigen Umsetzung und eines effizienten Funktionierens des Binnenmarks für Energie; Verbesserung des Energieflusses in Europa durch Energieverbände und Förderung von Investitionen in die Infrastruktur und Energieeffizienz;*
- *Untersuchung der verschiedenen nationalen Verfahren bezüglich Steuern und Netzkosten als Bestandteile der Energiekosten; Förderung des schrittweisen Übergangs der Unterstützungsmechanismen für erneuerbare Energieträger zu einem (hinsichtlich der Kosten) effizienteren Marktsystem.*

Unterstützung von Unternehmen bei ihrer Energiewende

Angesichts der hohen Energiepreise, der Klimaherausforderungen und der europäischen Ziele zur Verringerung der CO₂-Emissionen sind die Unternehmen in Sachen Energieeffizienz als Erste betroffen.

Vorschläge

- *Aufforderung der Mitgliedstaaten zur Verwendung der Einnahmen aus Versteigerungen im Zusammenhang mit dem Emissionshandelssystem der EU (EU-ETS) für die Unterstützung von Unternehmen, die den Übergang zu niedrigeren CO₂-Emissionen bereits vollziehen;*
- *Investitionen in die Energieeffizienz durch Vorrang für grüne öffentliche Ausschreibungen, steuerliche Anreize, Maßnahmen in Forschung und Entwicklung bzw. Demonstrationsvorhaben;*
- *Annahme branchenspezifischer Energieeffizienzziele.*

Sicherung der Energieversorgung der Bürgerinnen und Bürger der EU

Es gibt immer mehr Bedrohungen der Energiesicherheit der EU. Die Lebensqualität der EU-Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen werden beeinträchtigt, wenn die Gefahr einer Unterbrechung der Energieversorgung droht bzw. die Kosten für die Versorgung unaufhörlich steigen.

Vorschläge

- *Einrichtung eines Verfahrens auf europäischer Ebene, um die Infrastrukturvorhaben für die Erzeugung und Weiterleitung von Energie sowie insbesondere auch den Ankauf von Energie zu koordinieren, damit eine angemessene Belieferung überall in der EU zum niedrigstmöglichen Preis gewährleistet wird;*
- *Anpassung der Vorschriften der EIB für Finanzierungsmechanismen, um alle Darlehensmöglichkeiten voll auszuschöpfen.*

Förderung der erneuerbaren Energieträger

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien ist eine der Antworten auf die Herausforderungen durch den Klimawandel. Sie dient zudem der regionalen Entwicklung, indem sie zur Erzeugung von Energie vor Ort beiträgt und eine sichere Energieversorgung in Europa ermöglicht.

Vorschläge

- *Festlegung spezifischer Ziele für jeden einzelnen Mitgliedstaat zusätzlich zu dem gemeinsamen europäischen Ziel eines Anteils von 27% erneuerbarer Energieträger am Energieverbrauch bis 2030;*
- *Bewertung der Durchführung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Umstellung auf stärker dezentrale Energiesysteme in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der Rolle der Zivilgesellschaft und des Einflusses einer Beteiligung an erneuerbaren Energiequellen;*
- *Festlegung und Umsetzung eines Aktionsplans zur Förderung der erneuerbaren Energieträger einschließlich eines harmonisierten stabilen Regelungsrahmens für die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energie und Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energieträger über die dezentrale Erzeugung.*

Förderung einer ausgewogenen Klimapolitik

2015 wird ein für die internationalen Klimaschutzverhandlungen entscheidendes Jahr. Der EU kommt die wichtige Aufgabe zu, einen Beitrag zu einem umfassenden Abkommen auf globaler Ebene zu leisten und, falls nötig, mit gutem Beispiel voranzugehen. Da alle Politikbereiche und Beschlüsse auf den Klimawandel einwirken, ist ein globaler und ganzheitlicher Ansatz auf EU-Ebene notwendig, wenn die Klimaschutzmaßnahmen Erfolg haben sollen.

Solange es allerdings noch kein umfassendes internationales Klimaschutzabkommen gibt, mit dem weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen hergestellt werden, muss die EU für ihre Industrie im weltweiten Konkurrenzkampf wirksame Schutzmaßnahmen ergreifen.

Vorschläge

- *Wiederanfachung der Dringlichkeit der Klimaverhandlungen, damit alle Staaten und Teile der Gesellschaft sich auf ehrgeizige Zusagen und Maßnahmen verständigen;*
- *Überarbeitung des Emissionshandelssystems der EU dahingehend, dass die leistungsstärksten Unternehmen in Branchen, in denen die Gefahr von Produktionsverlagerungen aufgrund der Emissionskosten besteht, eine Erstattung der unmittelbaren und mittelbaren Kosten erhalten, die ihnen aufgrund des Emissionshandelssystems entstehen.*

Erprobung innovativer Wirtschaftsmodelle

Ressourceneffizienz, Abfallvermeidung und -recycling sind Herausforderungen, die nicht nur punktuelle Maßnahmen, sondern einen tiefgreifenden Wandel hin zu nachhaltigen und verantwortungsvollen Produktions- und Verbrauchsmustern erfordern.

Vorschläge

- *Vorlage einer gut ausgearbeiteten und übergreifenden politischen Strategie für den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, die flankiert wird von einem Aktionsplan mit konkreten Vorschlägen für Maßnahmen und Aktivitäten zur Förderung der Kreislaufwirtschaft, die den gesamten Lebenszyklus von Konsumgütern abdecken; Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz mit der Einführung eines Systems für die Kennzeichnung bzw. Etikettierung von Produkten, das die geschätzte bzw. mittlere Mindestlebensdauer eines Produkts verbindlich angibt;*
- *Vorlage eines Grünbuchs mit einer echten Konsultation der Bürgerinnen und Bürger über den gemeinschaftlichen Konsum mit einer Erhebung der bewährten Praktiken in den Mitgliedstaaten.*

4. EIN VERTIEFTER UND FAIRERER BINNENMARKT MIT GESTÄRKTER INDUSTRIELLER BASIS

Industriepolitik

Die Schaffung von Arbeitsplätzen in Produktionsbranchen, insbesondere durch die Rückverlagerung unserer Industrie im gesamten Unionsgebiet, ist unerlässlich. Europa muss im weltweiten Wettbewerb wieder eine industrielle Führungsposition einnehmen. Im europäischen Wortschatz der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen muss daher das Wort "Reindustrialisierung" eine zentrale Stellung einnehmen.

Um Investitionsflucht und Unternehmensverlagerungen zu verhindern, muss die EU für eine Ausgewogenheit ihrer wichtigsten Politikbereiche sorgen und diese in Einklang bringen mit der neuen Industriepolitik, in deren Mittelpunkt die Wettbewerbsfähigkeit steht. Die Industrie braucht einen sicheren Zugang zu weltweit wettbewerbsfähigen Energiequellen und besseren Zugang zu Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen.

Vorschläge

- Durchführung einer Studie in den Mitgliedstaaten, um gute Beispiele für die Rückverlagerung von Unternehmen zu ermitteln und so für ihre Verbreitung bei allen Akteuren vor Ort zu sorgen;
- Lancierung eines Aktionsplans zugunsten von Unternehmen mit starker lokaler Identität, insbesondere unter Förderung des Zugangs zu den europäischen Systemen zum Schutz geografischer Angaben und traditioneller Spezialitäten;
- Förderung der Europäisierung der KMU im Rahmen der Überarbeitung des "Small Business Act", beispielsweise durch die Veranstaltung von Unternehmensbörsen nach dem Modell der "Euro Partnerschaften" unter Nutzung der Ressourcen des "Enterprise Europe Network".

Binnenmarkt – Dienstleistungsrichtlinie und Entsendung von Arbeitnehmern

Die Dienstleistungsrichtlinie muss strikt umgesetzt werden, wobei administrative Hürden – insbesondere diejenigen, die die Verbreitung innovativer Dienstleistungen in der EU behindern – zu vermeiden sind.

Der EWSA hat eine Studie über die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie und der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern auf die Beschäftigten und die Unternehmen des Baugewerbes durchgeführt. Dabei wurden Missbrauchsfälle festgestellt, durch die es zu Sozialdumping und steuerlichen Ungleichheiten kommt und Wettbewerbsnachteile entstehen.

Vorschläge

- *Prüfung der Möglichkeit einer Anwendung des Bestimmungsland-Prinzips auf die Arbeitsbedingungen und sozialen Rechte der Arbeitnehmer;*
- *Schaffung einer "Binnenmarkt-Behörde" zur wirkungsvollen Eindämmung missbräuchlicher Praktiken (in Bezug auf die Dienstleistungs- und die Entsenderichtlinie);*
- *Schaffung einer abgestimmten Überwachung der Umsetzung der geltenden Richtlinie über die Entsendung der Arbeitnehmer;*
- *Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, um unnötigen und unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand, diskriminierende Verfahren und ungerechtfertigte Einschränkungen der EU-weiten Dienstleistungserbringung zu beseitigen.*

Verringerung des Verwaltungsaufwands

Der EWSA unterstützt die Maßnahmen der Kommission zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands, und begrüßt die Vorschläge zur Überprüfung veralteter und überflüssiger Richtlinien und Verordnungen.

Bekämpfung von Steuerbetrug

Der EWSA unterstreicht ebenfalls, wie wichtig Instrumente der Zusammenarbeit sind, um Steuerbetrug und Steuerflucht in der EU verstärkt zu bekämpfen und Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Vorschläge

- *Sicherstellung, dass die Themen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung im Rahmen des Jahreswachstumsbericht überwacht werden – als Folgemaßnahmen zu dem Vorschlag für eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) zur Stärkung eines EU-Rahmens für die Körperschaftsteuer;*
- *Gewährleistung, dass die EU in vollem Umfang in den Aktionsplan der OECD zur Bekämpfung von Steuerumgehung und Aushöhlung der Bemessungsgrundlagen für die Unternehmensbesteuerung sowie die Gewinnverlagerung ("BEPS-Aktionsplan") einbezogen wird.*

5. EINE VERTIEFTE UND FAIRERE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION (WWU)

Wirtschaftliche Säule der WWU

Der Euroraum braucht eine Konvergenz der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten. Dies erfordert heute eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung, indem von der gegenwärtigen Methode der Koordinierung, die bislang nur wenig erfolgreich war, zu einer gemeinsamen Entscheidungsfindung in den zentralen Fragen makro- und mikroökonomischer Politik übergegangen wird.

Vorschläge

- Erarbeitung einer Initiative zur Vorabkoordinierung größerer wirtschaftspolitischer Reformvorhaben in den Mitgliedstaaten;
- Erarbeitung einer Initiative zur Einführung eines Instruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (CCI), das für Wirtschaftsreformvereinbarungen zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten sorgen soll, sowie damit verbundener Solidaritätsmechanismen und konkreter Vorkehrungen bezüglich ihrer Form, Finanzierung und demokratischer Legitimation;
- Veröffentlichung einer Mitteilung über einen Fahrplan zur Einführung eines Instruments für die gemeinsame Emission von Schuldtiteln für die Mitgliedstaaten des Eurogebiets mit konkreten und zeitgebundenen Vorschlägen für die Errichtung eines europäischen Schuldentilgungsfonds oder eines zeitlich begrenzten Euro-Anleihefonds – entsprechend den Schlussfolgerungen der Sachverständigengruppe der Europäischen Kommission;
- Erarbeitung eines Grünbuchs zur Einleitung von Überlegungen über die wirtschaftspolitische Steuerung im Euroraum und die Entscheidungsfindungsverfahren, einschließlich eines eigenen Haushalts.

Soziale Säule der WWU

Im Hinblick auf die Umsetzung von Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union und zur Vermeidung sozialer und regionaler Ungleichgewichte insbesondere als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise muss die Sozialpolitik innerhalb der EU besser koordiniert werden. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen ihrer Verantwortung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger nachkommen.

Vorschläge

- Überprüfung der Fortschritte und Überwachung der Leistung der Sozialpolitik durch Einbeziehung sozialer Indikatoren und Bewertungen der sozialen Auswirkungen in das Europäische Semester
- Erstellung eines neuen sozialpolitischen Aktionsprogramms mit klaren und konkreten Zielvorgaben, mit dem die Ziele der Europa-2020-Strategie aktualisiert werden;
- Integration des europäischen Arbeitsmarktes: Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität und der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und sonstigen Befähigungsnachweisen sowie Aufstellung gemeinsamer Regeln für die Bereiche Sozialfürsorge, Bildung und Gesundheit;
- Schaffung eines europäischen Bildungsnetzes für Arbeitslose, das Arbeitslosen die Möglichkeit eines zweijährigen Schulungsprogramms und grenzüberschreitende Bildungsgutscheine bietet
- Prüfung der Möglichkeit, den unter der Armutsgrenze lebenden Personen ein geeignetes Mindesteinkommen zu gewähren, wobei der Betrag den nationalen Gegebenheiten entsprechen muss.

Kapitalmarktunion und Regulierung des Finanzsystems

Eine vollständige Bankenunion ist unerlässlich, um zu einer Fiskal- und Wirtschaftsunion zu gelangen. Die für die Entwicklung eines einheitlichen – mit dem der Vereinigten Staaten vergleichbaren – europäischen Kapitalmarkts notwendigen Entscheidungen sollten getroffen werden.

Vorschlag

- *Verfassung einer Mitteilung über die Errichtung einer Kapitalmarktunion: Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zu einer vollständigen Bankenunion, einschließlich einheitlicher Aufsichtsmechanismus (SSM), einheitlicher Abwicklungsmechanismus (SRM), Einlagensicherungssystem (DGS), Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), direkte Bankenrekapitalisierung und Umsetzung von Basel III sowie Empfehlungen für die künftige Entwicklung;*

6. EIN VERNÜNFTIGES UND AUSGEWOGENES FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN

Der EWSA ist der Auffassung, dass ein erfolgreiches Abkommen mit den USA für die Förderung von echtem Wachstum und Optimismus ein entscheidender Faktor sein könnte. Er weist jedoch darauf hin, dass die Vorteile eines solchen Abkommens Wirtschaft, Arbeitnehmern, Verbrauchern und Bürgern gleichermaßen zugutekommen müssen.

Vorschläge

- *Aufnahme eines wirksamen Verfahrens für die Konsultation der Zivilgesellschaft und die Überwachung der Umsetzung des Abkommens durch sie, wobei eine ausgewogene Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen unter Berücksichtigung der Interessen der Verbraucher zu gewährleistet ist;*
- *Aufnahme spezifischer Bestimmungen in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen, die ihnen angemessene Vorteile garantieren;*
- *Aufnahme eines Kapitels zur nachhaltigen Entwicklung, in dem die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und aus multilateralen Umweltabkommen bestätigt werden und das einen soliden Mechanismus für die Überwachung durch die Zivilgesellschaft enthält.*

7. AUF GEGENSEITIGEM VERTRAUEN FUSSENDER RAUM DES RECHTS UND DER GRUNDRECHTE

Besonderes Augenmerk muss auf den sich aus der EU-Bürgerschaft ergebenden Grundrechten liegen. Der EWSA ist der Ansicht, dass die EU die Kultur dieser Rechte auf europäischer Ebene verstärken sollte, insbesondere weil die grundlegenden sozialen Rechte mit den bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechten untrennbar verbunden sind.

Vorschläge

- *Schutz von Minderheiten, insbesondere der Roma: Überarbeitung der Rahmenstrategie, zunächst mittels ihrer Bewertung durch unabhängige Sachverständige;*
- *Ernennung eines europäischen Datenschutzbeauftragten, der für die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten zuständig ist;*
- *Stärkung der Rechtsvorschriften über die Integration von Menschen mit Behinderungen durch einen europäischen Rechtsakt über die Zugänglichkeit und die Einführung eines in allen Mitgliedstaaten anerkannten Bevorrechtigungsausweises;*
- *Erstellung eigener Indikatoren und Zielvorgaben für schutzbedürftige Kinder innerhalb der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut.*

8. HIN ZU EINER NEUEN MIGRATIONSPOLITIK

Einwanderung ist eine komplexe Problematik, die sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen erfordert. Diese Maßnahmen müssen auf dem Grundsatz der Solidarität aufbauen, da kein EU-Mitgliedstaat allein diese Fragen angehen kann. Die Umsetzung der Maßnahmen muss auf dem Sachverstand der Organisationen der Zivilgesellschaft basieren.

Vorschläge

- *Stärkung des Mandats der Agentur Frontex, um sie in einen europäischen Grenzschutzdienst umzugestalten;*
- *Einrichtung eines Mechanismus für die Umsiedlung von Asylbewerbern innerhalb der EU;*
- *Überarbeitung des Dubliner Übereinkommens, damit Asylbewerber ihren Asylantrag in jedem beliebigen Mitgliedstaat stellen können;*
- *Festlegung von Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung, Vereinbarungen mit den Herkunftsländern und Anpassung des Arbeitskräfteangebots an den Bedarf.*

9. MEHR GEWICHT AUF DER INTERNATIONALEN BÜHNE

Nachbarschaftspolitik

Der EWSA misst der Politik im Bereich der östlichen und südlichen EU-Nachbarländer eine große Bedeutung zu und stützt sich dabei auf die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften.

Vorschläge

- *Einführung spezifischer Maßnahmen zur Unterstützung der organisierten Zivilgesellschaft der Nachbarländer;*
- *Entwicklung von Mechanismen zur Entwicklung und Förderung öffentlicher und privater Investitionen in die Infrastruktur im Mittelmeerraum (Stärkung der Maßnahmen der EIB);*

Handelspolitik

Handels- und Investitionsabkommen müssen es letzten Endes ermöglichen, auf nachhaltige Weise Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu fördern.

Vorschläge

- *Aufnahme von Bestimmungen über die Umwelt- und Sozialstandards und den Verbraucherschutz in die laufenden und kommenden Verhandlungen;*
- *Schaffung von Einrichtungen für eine wirksame Einbindung und Anhörung der organisierten Zivilgesellschaft bei allen Kapiteln des Abkommens.*

Nachhaltige Entwicklung und das Programm der Vereinten Nationen für die Zeit nach 2015

Der EWSA ist der Ansicht, dass sich die EU stark, entschlossen und innovativ engagieren und Führungsstärke beweisen muss in den Verhandlungen über die Festlegung neuer Nachhaltigkeitsziele.

Vorschläge

- *Verhandlungsposition: vorbehaltlose Unterstützung der 17 Nachhaltigkeitsziele, die in dem Abschlussdokument der offenen Arbeitsgruppe zu den Nachhaltigkeitszielen enthalten sind und Widerstand gegen eine Wiederaufnahme, die die bereits erzielten Ergebnisse gefährden könnte;*
- *Entwicklung von globalen Indikatoren, die über das BIP hinausgehen, entsprechend den Empfehlungen der Schlussfolgerungen des Rio+20-Gipfels und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen;*
- *Anwendung eines Ex-ante-Verfahrens für die Abschätzung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen;*
- *Einsatz für die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung nicht nur auf Ebene der UN, sondern auch in anderen bi- und multilateralen Beziehungen*
- *Aufnahme der Kultur als Fundament menschlicher Entwicklung in die Millenniumsentwicklungsziele.*

Entwicklungshilfe

2015 ist das Europäische Jahr der Entwicklung und zugleich das Jahr der zweiten Halbzeitüberprüfung des Cotonou-Abkommens über die Beziehungen zu den AKP-Ländern.

Vorschläge

- *Eröffnung der Diskussion und Aufnahme umfangreicher Anhörungen zu möglichen künftigen Szenarien für die Zeit nach Ablauf des Cotonou-Abkommens 2020;*
- *Abschluss neuer Abkommen zwischen der EU, Drittstaaten und regionalen Organisationen betreffend den sozialen Schutz der Arbeitnehmer.*

10. EINE UNION DES DEMOKRATISCHEN WANDELS

Der EWSA fordert eine wirksame Anwendung von Artikel 11 des Vertrages über die Europäische Union zur partizipativen Demokratie. Die vollständige Umsetzung von Artikel 11 ist zur Stärkung der demokratischen Legitimation der EU gegenüber ihren Bürgern von entscheidender Bedeutung.

Vorschläge

- Schaffung eines ständigen, strukturierten und wirksamen Rahmens für einen vertikalen und horizontalen Dialog; in erster Linie Überprüfung der bestehenden Verfahren der Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Beschlussfassung der EU und Veröffentlichung eines Grünbuchs zu einer effizienten und dauerhaften Organisation des zivilen Dialogs;
- Schaffung einer EU-Datenbank für Informationen über Kontakte zur Zivilgesellschaft, Anhörungen der Zivilgesellschaft und den Dialog mit der Zivilgesellschaft sowie Erstellung eines Jahresberichts über diese Anhörungen;
- Annahme eines Statuts der europäischen Vereinigung und Fortführung der Anstrengungen zur Erarbeitung einer Satzung der Europäischen Stiftung;
- Vorschlag der Teilnahme der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte (WSR) und der vergleichbaren Einrichtungen am strukturierten Dialog der Europäischen Kommission mit den nationalen Parlamenten;
- Vereinfachung und Erleichterung der geltenden Vorschriften über die Europäische Bürgerinitiative;
- Förderung – in Partnerschaft mit dem EWSA – von für die Bürgerinnen und Bürger deutlich sichtbaren Projekten wie der europäischen Jugendkarte, europäischer Universitäten und europäischer Medien.



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/
Veröffentlichungen
EESC-2014-82-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2014
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



Print:
QE-06-14-108-DE-C
ISBN 978-92-830-2632-7
doi:10.2864/24872

Online:
QE-06-14-108-DE-N
ISBN 978-92-830-2629-7
doi:10.2864/24616

DE